

Regierungspräsidium Tübingen

- Referat 54.2 -

Datum: 05.08.2015

Az.: 54.2-4/8983.01-02 UL-L

Bearbeiter: Gerhard Fauser

Durchwahl: 07071 757-3507

Deponievorhaben des Landkreises Alb-Donau-Kreis

Aktenvermerk

über eine Besprechung beim RP Tübingen am 23.07.2015

Teilnehmer: Frau Gläser, Herr Nägele

LRA Alb-Donau-Kreis

Herr Dr. Fischer, Herr Kistner, Hr. Fauser

RP Tübingen

Erweiterung Deponie Ehingen-Roter Hau II

Für den anstehenden Scopingtermin wurden die notwendigen Unterlagen dem RP Tübingen vorgelegt. Das Landratsamt wurde vom RPT noch um Prüfung gebeten, ob der Textteil (Erläuterungsbericht und Bericht zur Techn. Planung) ggf. noch verkürzt werden könnte. Der Scopingtermin soll dann nach der Sommerpause abgehalten werden.

Das erforderliche Wasserrechtsverfahren für die Ab- und Einleitung des Sickerwassers zum Weiherbach soll von der unteren Wasserbehörde durchgeführt werden (mit Anhörung der betroffenen Träger öffentlicher Belange). Abfallrechtlich soll das Vorhaben dem RPT gem. § 35 Abs. 4 KrWG angezeigt werden.

Deponie Steinwerk Schelklingen; Erweiterung des DK 0-Bereichs

Die von Ecosoil vorgelegten Unterlagen sind noch zu ergänzen, Antragsteller des Vorhabens kann nur der Landkreis Alb-Donau-Kreis sein.

Nach Vorlage der Unterlagen ist vom RPT zu prüfen, ob die beabsichtigte Erweiterung von der ursprünglichen Deponiegenehmigung mitumfasst ist, oder ob ein neues Zulassungsverfahren notwendig wird.

Deponie Steinwerk Schelklingen; Stilllegung

Im Zuge des Deponiebetriebs wurde die Deponie teilweise steiler verfüllt als seinerzeit genehmigt. Allerdings bestehen lt. LRA ADK auch Widersprüche zwischen der genehmigten Ausführungsplanung und der Rekultivierungsplanung Dr. Grossmann.

Vom Landkreis werden diese Abweichungen nochmals eingehend erläutert und ggf. geeignete Maßnahmen zur Abhilfe vorgeschlagen. Vom RPT ist anschließend zu klären, ob aufgrund einer eventuell vorliegenden wesentlichen Änderung der Deponie ein neues Zulassungsverfahren notwendig wird.

Deponie Ehingen-Litzholz, Ausbau des Verfüllabschnitt Va

Mit Schreiben vom 29.06.2015, Az. 15.2/722.1113 hat der Landkreis Alb-Donau-Kreis den Ausbau des Verfüllabschnitts Va dem RP Tübingen angezeigt. Der geplante Verfüllabschnitt befindet sich im planfestgestellten Bereich und soll nach den Vorgaben der DepV ausgebaut werden. Die Maßnahme soll bis Ende 2015 ausgeschrieben werden, der Ausbau der Fläche soll im Frühjahr 2016 erfolgen.

Entspr. einem Schreiben des RPT vom 03.05.2006, Az. 54.2-10/8983.01-02 UI –I 033-08 erfüllen die Auffüllabschnitte IV, V und VI die Anforderungen der DepV an DK II-Deponien. Der vorgelegte Qualitätsmanagementplan bedarf noch der Zustimmung des RPT.

Deponie Litzholz, „Abfallzwischenlager“

Mit Entscheidung des RPT vom 28.06.2004, Az. 54-2/8983.01-01 UL-L 033-09 wurde die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur Lagerung und Behandlung von Abfällen zur Beseitigung erteilt. Die Abfalllager werden benötigt, um bei einem gegebenenfalls auftretenden Ausfall des Müllheizkraftwerks (MHKW) des Zweckverbands Thermische Abfallverwertung in Ulm über einen „Puffer“ zu verfügen. Die Lagerdauer der einzelnen Abfälle ist befristet auf max. ein Jahr.

Aus Gründen einer effizienten Verwertung dieser Abfälle ist nun angedacht, die Lagerdauer auf mindestens zwei Jahre zu erhöhen. Hierfür wäre ein erneutes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren vom RPT durchzuführen. Seitens des LRA ADK wird noch geprüft, ob der Antrag für dieses Verfahren gestellt wird. Zudem wird geprüft, ob zugleich auch ein Antrag auf eine unbefristete Genehmigung gestellt werden soll, da die bisherige Genehmigung eine Befristung bis zum Jahr 2024 vorsieht.

Deponie „Unter Kaltenbuch“ in Laichingen-Suppingen

Weite Teile der Deponie sind als DK 0-Bereiche genehmigt. Da der derzeitige DK I-Bereich schon überwiegend verfüllt ist, wird bis ca. 2017-2018 ein weiterer Verfüllabschnitt erforderlich. Seitens des Landkreises ist daher eine Umwidmung/Aufstockung eines DK 0 Deponiebereichs zu einem Deponieabschnitt DK I beabsichtigt.

Hierzu wurde vom RPT darauf verwiesen, dass dies als eine wesentliche Änderung der Deponie einzustufen wäre, die gem. § 35 Abs. 2 KrWG der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens einschl. einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf. Der Landkreis will einen entspr. Antrag im Frühjahr 2016 stellen.

gez. Fauser